Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 107 (2013)

Heft: 6

Artikel: Mafi muschkila : zum Bericht des Bundesrates über die Situation der Muslime in der Schweiz

Autor: Hui, Matthias

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-390440

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Matthias Hui

Mafi muschkila

Zum Bericht des Bundesrates über die Situation der Muslime in der Schweiz

Der Bundesrat scheint die Falle zu kennen: «Die Religionszugehörigkeit ist nur eines – oftmals [ein] sekundäres – von vielen Identitätsmerkmalen der Personen islamischer Glaubenszugehörigkeit in der Schweiz.»[1] Dennoch bleibt er mit seinem Bericht vom Mai 2013 im angetönten Widerspruch stecken – wie so viele, die sich mit religiösen Identitäten in modernen Gesellschaften beschäftigen. Bereits im Titel stellt der Bundesrat etwas in Aussicht, was er so nicht einlösen kann: die Situation der Muslime in der Schweiz zu beschreiben. Der Bericht benennt die Fragwürdigkeit des Unterfangens, die MuslimInnen als Gruppe fassen zu wollen – eine soziale Konstruktion. Und er schafft trotzdem ein Bild mit kollektiven Zuschreibungen. Politik und Öffentlichkeit verlangen es von ihm.

Was stünde wohl in einem Bericht über christliche MigrantInnen in der Schweiz? Ist es legitim, dass der liberale, säkulare Staat seine BewohnerInnen nach Religionen kategorisiert? Zählen die – gemäss Bericht – 80 Prozent säkularen MuslimInnen zu dieser Religionsgruppe? Können Menschen in ihrem Selbstverständnis oder in wissenschaftlichen Klassifizierungen säkular sein und gleichzeitig einer Religion angehören – im Bericht ist die Rede von «areligiösen, säkularen und gemässigten Muslimen»? Welche Interessen liegen in der Fokussierung auf die Kategorie Religion? Wieso werden die sozialen Ungleichheiten im Kontext von Migration nicht ebenso spezifisch unter die Lupe genommen? Oder die Bildungsstände und die allenfalls mehrfachen oder prekären Staatszugehörigkeiten, die Wanderrouten, Pendelbewegungen und Netzwerke von Menschen zwischen Heimat und Fremde?

Ausländer wurden Muslime

Weshalb steht seit 2001 der Islam derart im Vordergrund? Der Luzerner Religionswissenschafter Samuel Behloul fügt verbreiteten Begründungen für diese «Achse der Differenz» einen überraschenden Hinweis hinzu: «Wenn die ‹Ausländer›, die man bislang gelegentlich nach ihrer Rückkehr in die Heimat fragte, wahrnehmungbezogen zu ‹Muslimen› werden, die man praktisch täglich danach fragt, wie sie es mit ihrer Religion halten und wie sie zum Wertesystem ihrer jeweiligen Residenzgesellschaften stehen, dann manifestiert sich darin ein implizites (und vielleicht auch unbeabsichtigtes) Eingeständnis westeuropäischer Gesellschaften, dass ehemalige ‹Ausländer› und ‹Gastarbeiter› nun zum bleibenden Phänomen Westeuropas geworden sind.»

Auch wer das Islam-Bild der Anti-Einbürgerungs, Anti-Minarett- und Anti-Asylkampagnen der letzten 15 Jahre konterkarieren will, schafft mit einer Debatte unter dem Stichwort «MuslimInnen in der Schweiz» unwillentlich Anknüpfungspunkte für die Diskussion in Stereotypen. Dies ist die Crux manch eines differenzierten christlich-islamischen Dialogs, das Dilemma jeder interreligiösen Arbeit. Diese Bemühungen drohen bisweilen in Richtung einer paternalistischen «Integration» von MuslimInnen zu kippen, statt dass sie die Gleichstellung von Menschen zum Ziel haben – unter Anerkennung von Differenz, die das Leben spannend macht.

[1] Bericht des Bundesrates über die Situation der Muslime in der Schweiz: www.ejpd.admin.ch/content/dam/data/pressemit-teilung/2013/2013-05-08/ber-d.pdf

Islam in der Schweiz unproblematisch

Der bundesrätliche Bericht präsentiert Fakten. In der Schweiz leben 350 000 bis 400 000 MuslimInnen, die Hälfte von ihnen ist unter 25 Jahre alt. 31,4 % sind Schweizer StaatsbürgerInnen. Der Islam ist zu einem guten Teil schweizerisch geworden und die Schweiz auf Dauer ein wenig islamisch. 56 % der MuslimInnen sind BürgerInnen eines westbalkanischen Staates oder der Türkei, Länder mit einigermassen ähnlichen Rechtssystemen wie die Schweiz. Das unaufgeregte Fazit: «Die in den letzten Jahrzehnten gestiegene Zahl an Personen islamischer Glaubenszugehörigkeit in der Schweiz – und damit verbunden die erhöhte Wahrnehmung und Präsenz des Islam – stellt eine grundsätzlich unproblematische Entwicklung dar. Die überwiegende Mehrheit der Muslime integriert sich vorbehaltlos in die rechtsstaatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz.»

«Mafi muschkila»? Aus dem Arabischen übersetzt: Alles kein Problem? Menschen aus arabischen Ländern allerdings sind gemäss dem Bericht tendenziell eher für den politischen Islam empfänglich als andere. Gewisse junge Menschen sind in unserem Land für (gewalt-)extremistische Ideologien offen, auch wenn sie ein Randphänomen bleiben.

Die bundesrätliche Position basiert auf neuen wissenschaftlichen Studien. Ein Forschungsprogramm wie das NFP 58 des Nationalfonds zu «Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft» erweist sich als sinnvoll für die Öffentlichkeit und produktiv für die Verwaltung. Der säkulare Staat gewinnt, wenn er Religionen kritisch einordnet und – entsprechend reflektiert – Religionsgemeinschaften als AkteurInnen der Zivilgesellschaft ernst nimmt.

Der Muslim an und für sich

Eine Erkenntnis der jüngeren Forschung besteht darin, dass eine «Islamisierung» öffentlicher Debatten zur Migrations- und Integrationspolitik stattfindet. In den Medien und in der Politik wird «der Faktor der Religionszugehörigkeit übermässig stark in den Vordergrund» gestellt. Das führt gemäss dem Bericht zu einer «Dynamik der ‹Fremd›-, und ‹Selbstislamisierung›. Indem muslimische Migrantinnen und Migranten auf vermeintlich ‹typische› (und oft negativ besetzte) Merkmale des Islam reduziert werden, sehen sie sich dazu genötigt, auf diese Zuschreibungen zu reagieren. Damit konstruiert das Reden über die Muslime diese auch immer mit; so müssen sie sich als Individuum mit der stereotypen Figur ‹des Muslims› auseinandersetzen und geraten in einen steten Rechtfertigungsprozess, der letztlich auch ihre Selbstwahrnehmung und Rolle in der Gesellschaft mitprägt.»

Aufgrund dieser Analyse müsste es sich der Bundesrat zwingend zur Aufgabe machen, Konstruktionen von «Anderen» systematisch zu hinterfragen. Entsprechende Strategien lässt dieser Bericht aber vermissen. Wie werden die Forschungserkenntnisse zu MuslimInnen in der Schweiz öffentlichkeitswirksam aufbereitet? Wie setzt sich der Bundesrat nachhaltig für einheitliche und erleichterte Einbürgerungsverfahren ein, die im Bericht als zentrale Forderung der Forschung dargestellt werden, auch wenn der Nationalrat in der letzten Session gegenläufig für eine Verschärfung der Kriterien plädierte?

Ähnliches gilt für das Postulat der öffentlich-rechtlichen Anerkennung von Religionsgemeinschaften. Welches ist die strategische Antwort auf die angeführten Klagen internationaler Organisationen über den fremdenfeindlichen und rassistischen Diskurs im nationalkonservativen Parteienspektrum? Wie begegnet die Politik den verzerrenden Islam-Bildern der Medien? Weshalb strebt der Bundesrat nicht einen erweiterten Diskriminierungsschutz in Verfassung und Gesetzen an, wenn er darin

die zentrale Antwort auf islamfeindliche Einstellungen sieht?

Helvetischer Pragmatismus

Für einmal wohltuend ist der helvetische Pragmatismus: «Ein wesentlicher Befund hinsichtlich der Berührungspunkte zwischen staatlichen Behörden und Menschen muslimischen Glaubens ist, dass sich der Dialog und die pragmatische, einzelfallorientierte Lösungsfindung vor Ort bewährt haben.» Das gilt für Fragen im Schulbereich. Das jüngste Bundesgerichtsurteil zum Schwimmunterricht, das der Gleichstellung einen gewissen Vorrang vor der umfassenden individuellen Religionsfreiheit einräumt, gehört dazu. Pragmatismus, auch gerade von undogmatischer muslimischer Seite, führt zu spannenden Lösungen auf Friedhöfen oder in Spitälern, in Zukunft womöglich auch bei der Ausbildung von Imamen an staatlichen Hochschulen.

Die Beschäftigung mit der Situation der MuslimInnen in der Schweiz schafft Querverbindungen zu aktuellen Debatten im Nahen Osten. Säkulare wie auch religiös verankerte Linke in Europa und zivilgesellschaftliche Bewegungen in den arabischen Ländern hätten viel Gesprächsstoff für lernreiche Debatten. Der Umgang mit fundamentalistischen Strömungen und religiös geprägten Argumentationen wäre allenthalben zu klären, ohne in einen engen Säkularismus zu verfallen und mögliche emanzipatorische oder zumindest herrschaftskritische Ansätze in religiösen Bewegungen zu verkennen. Die hiesige Linke muss in diesem Zusammenhang auch an ihre teilweise Ratlosigkeit und Passivität im Vorfeld der Minarettinitiative erinnert werden. Die Auseinandersetzung mit Religion und Politik zwischen Liberalismus und gerechteren gesellschaftlichen Verhältnissen – vor verschiedenen historischen Erfahrungen und unterschiedlich aktuellen Gefährdungen demokratischer Perspektiven – ist im Westen wie im Nahen Osten brisant.

Im religiösen Irrgarten

Theologisch ist die fortwährende «Unterscheidung der Geister» notwendig, auch etwa im Gespräch mit nahöstlichen Kirchen und islamischen Bewegungen. Es geht nicht um die Gegenüberstellung von Religion und säkularer Gesellschaft. Es geht um die Frage: Wo dient Religion – Christentum oder Islam – dem Kampf gegen Leben zerstörende und Tod bringende Systeme von Ausbeutung und Ausgrenzung? Und wo trägt (kollektiver) Glaube zu Befreiung, Gerechtigkeit und Versöhnung bei?

Exemplarisch führt der israelische Historiker Shlomo Sand die Dekonstruierung von ethnischen Identitäten und (national-)religiösen Mythen vor.[2] Er zeigt auf, wie Israel als Staat scheitern und, auf Kosten einer säkularen, liberalen Gesellschaftsordnung, in einem religiösen Irrgarten landet, wenn er die jüdische Identität von Menschen definieren will. Seine Studien laufen darauf hinaus, Menschen als Menschen mit ihrer Würde und ihren gleichen Rechten zu definieren, als vor dem Gesetz gleiche BürgerInnen, als Frauen und Männer, die qua religiöser oder anderer Zugehörigkeit weder privilegiert noch diskriminiert werden dürfen. Ein Staat muss Anleihen beim Rassismus machen, wenn er eine Gruppe, meist die Mehrheitsbevölkerung, durch Überhöhung einzelner Identitätsmerkmale abgrenzt und bevorteilt. Damit macht er Teile der Bevölkerung zu Anderen, von der Macht und der Zukunft ausgegrenzt.

Bei allen grundlegenden Unterschieden: Syrien ist auch Tunesien ist auch Ägypten ist auch Israel ist auch die Schweiz. Es ist das Zeitalter der Globalisierung, in dem der Bundesrat 2013 über die Situation der MuslimInnen in der Schweiz spricht. ●

[2] Shlomo Sand, Die Erfindung des jüdischen Volkes. Israels Gründungsmythos auf dem Prüfstand, Berlin 2010.
Ders., Die Erfindung des Landes Israel. Mythos und Wahrheit, Berlin 2012.